

## **Wahl, Witz, Waits**

### **Beate Müller-Gemmeke referierte im Schwanen**

**Die Bundestagswahl zieht herauf. Der Ortsverband der Grünen Steinlach-Wiesaz wird aktiv. Die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke sprach am Mittwoch im Nehrener Schwanen zum Thema "Soziale Gerechtigkeit".**

Nehren."Den FDP-Weg beschreiten wir nicht", versprach Beate Müller-Gemmeke im Nehrener "Schwanen". Die Bundestagsabgeordnete aus Reutlingen ist Sprecherin für Arbeitnehmerrechte in der Berliner Fraktion, nahm bei ihrem Auftritt die Politik der Schwarzgelben ins Visier, formulierte Alternativen.

Wahlkampf ist kein schönes Wort. Meint Jürgen Hirning, einer der Grünen, die sich im Ortsverband Steinlach-Wiesaz vereinigt haben. Der Gomaringer konnte zur "Wahlkampfauftaktveranstaltung" immerhin um die 50 Gäste begrüßen: "Gerechtigkeit ist uns ein Herzensanliegen." Als Moderator und Argumentationsassistent für die Referentin fungierte der Landesvorsitzende und Tübinger Bundestagskandidat Chris Kühn, "künstlerisch begleitet" wurde sie von Heiner Kondschnik, der aus dem benachbarten Ofterdingen angereist war, um mit Stimme, Gitarre, Mundharmonika und viel Witz und Waits die Veranstaltung erheblich zu bereichern.

Die "Fachfrau für Sozial-und Arbeitsmarktpolitik" meinte, der sogenannte "Armutbericht" sei nach Eingriffen im Schönheitsinstitut der Kabinetttlinge von den tiefen Falten der Spaltung zwischen Arm und Reich, zumindest begrifflich gesehen, befreit worden. Auch Altersarmut, Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und der wachsende Bereich prekärer Niedriglohn-Arbeitsverhältnisse blieben bestehen. Schwarzgelb sieht das natürlich anders, "da gibt es keine Empathie für die Schwachen".

Wobei sie durchaus zugab, dass Rotgrün ehemals selbst "einiges an Fehlentwicklungen auf den Weg gebracht" habe. Hauptschlüssel zur Lösung sei der Arbeitsmarkt, durch die fatale Leiharbeit, die Aufweichung des Kündigungsschutzes und sonstiger gewerkschaftlichen Errungenschaften bestehe die Gefahr, dass sich die Sozialpartnerschaft auflöse, dagegen gelte es, die Tarifautonomie zu stärken und soziale Leitplanken zum Schutz der Beschäftigten einzuziehen. Mindestlohn natürlich. Die Leistungen des ALGII, die in keiner Weise einem "soziokulturellen Existenzminimum" entsprächen, sind zu erhöhen. eine Kindergrundsicherung einzuführen, um Sicherheit und Bildungschancen zu gewährleisten.

### **Spitzensteuersatz soll erhöht werden**

Mit der steuerfinanzierten "Garantierrente" haben die Grünen ein Gegenmodell zur Lebensleistungsrente. Alle sollen, ein Systemwechsel, in die Rentenkasse einzahlen, den Menschen müsse die Angst vor der Altersarmut genommen werden. Die Riester-Rente will sie abschaffen, findet dafür aber noch keine Mehrheit in ihrer Partei, in deren Fleisch sie ein "Stachel" bleiben will. Bei allen Arten von Konsumsteuern mahnt sie Vorsicht an. Aber das Ehegattensplitting soll "abgeschmolzen", die Abgeltungssteuer abgeschafft, der Spitzensteuersatz auf 49 Prozent ab 80000 Euro erhöht, Vermögensabgabe und Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Im Grundsatz gehe es um die Frage, auf welche Weise "wir zusammen leben wollen", wie ein Besucher sagte, der wissen wollte, wie die Grünen bei den Reichen um Einsicht in die Notwendigkeit, etwas herzugeben, werben wollten.

Eben mit dem Begriff der Gerechtigkeit, so Müller-Gemmeke, sozialer Unfrieden zeitige schädliche Folgen, wie Südeuropa beweise. "Wirtschaft braucht Gerechtigkeit". jon